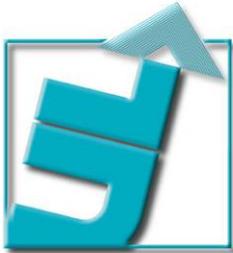


ULVnetInfo 4/2014

Die Internet-Version des ULVinfo!

UniversitätslehrerInnenverband an der Universität Wien



ULVnetInfo 4/2014

<http://ulv.univie.ac.at>

ZVR 371289070

Redaktion dieser Folge: Wolfgang Weigel

wolfgang.weigel@univie.ac.at

Michaela Schaffhauser-Linzatti

Michaela.linzatti@univie.ac.at

- Editorial
- Der Betriebsrat BRWUP hat sich neu konstituiert
- Beim Bundesminister
- Für mehr Methodenvielfalt
- In eigener Sache

Editorial

Liebe Universitätslehrerinnen, liebe Universitätslehrer!

Das Semester neigt sich dem Ende zu. Entgegen einem weit verbreiteten Irrglauben bedeutet dies für uns nicht Ferien und Freizeit, sondern vermehrt Zeit, sich der Forschung zu widmen. Nach den Nachbereitungen der Lehrveranstaltungen des Sommersemesters gilt es bereits im Sommer, die Lehrveranstaltungen des kommenden Wintersemesters vorzubereiten, mit einem großen Mehraufwand für diejenigen, die in die zahlreichen neuen Curricula mit neuen Strukturen und neuen Lehrveranstaltungen *kostenneutral* hineingleiten. Auch im Bereich der Universitätsverwaltung stehen Veränderungen an. Die Entwicklungspläne müssen bis Ende des Jahres finalisiert werden; dabei ist eine Diskussion auf breiter Basis anzustreben. Jedenfalls sind dazu begleitend Personalstrukturpläne zu erstellen. Genau die Personalstruktur an den Universitäten war ein zentrales Thema beim Besuch des ULV der Universität Wien bei BM Mitterlehner, der dem vom ULV mitentworfenen Faculty-Modell sehr aufgeschlossen gegenübersteht. Eine Zusammenfassung dieses Gespräches finden Sie in dieser Ausgabe.

Michaela Schaffhauser-Linzatti, Vorsitzende



Der Betriebsrat BRWUP hat sich neu konstituiert

Nach den für uns erfreulichen Wahlen, nochmals vielen Dank unseren Wähler*innen, hat sich anfangs Juni der Betriebsrat neu konstituiert, wie auch in den Betriebsratsnachrichten schon berichtet wurde. Unser alter neuer oder neuer alter Vorsitzende ist wiederum **Michael Steiner**, der Spitzenkandidat der mandatsstärksten Fraktion GAKUPLIMIG+, als ungereichte Stellvertreter stehen ihm **Karl Reiter** (GAKU), **Christian Cenker** (ULV) und **Norbert Mauser** (UPV) zur Seite.

Wir, insbesondere der ULV, gingen auch sofort daran, die für unsere Kolleg*innen, also für Sie, so wichtigen nach Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) geschäftsführenden Ausschüsse des Betriebsausschusses, also beider Betriebsräte gemeinsam, weiter handlungsfähig zu halten und die Vorsitzenden neu zu wählen. Auch hier änderte sich wie zu erwarten nichts: **Gert Bachmann** (ULV) wurde wiederum zum Vorsitzenden des Ausschusses für Gebäudeangelegenheiten und Sicherheitsfragen (AGS) gewählt, **Christian Cenker** (ULV) zum Vorsitzenden des Ausschusses für Informationsverarbeitung und Datenschutz (AID). Wir wollen diese beiden Ausschüsse nochmals in Erinnerung rufen, die übergreifend die Interessen des allgemeinen und des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an der Universität Wien vertreten: Alle Gruppen sind durch fachkundige Mitglieder im Betriebsrat vertreten, die Behindertenvertrauenspersonen sind als Auskunftspersonen jeweils mit eingeladen. Damit dienen sie auch zu einem tieferen Verständnis der Interessen und Arbeitsbedingungen der jeweils „anderen“ Gruppe: Frei nach dem Motto des ULV: „Gemeinsam sind wir stark!“

AGS: Der Ausschuss für Gebäudeangelegenheiten und Sicherheitsfragen vertritt die Interessen aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Universität bei allen baulichen Fragen und versucht zu erreichen, dass insbesondere die Konformität nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz (ASchG) sichergestellt ist. Der Ausschuss arbeitet, um im direkten Kontakt mit der Universitätsleitung alle auftretenden Herausforderungen rasch zu bearbeiten und einer konsensualen, nachhaltigen Lösung zuzuführen, nach den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Die Mitglieder des Ausschusses sind bemüht, außerhalb des Tagesgeschäftes und der Betriebsratssitzungen alle Funktionsträger und -trägerinnen zu speziellen Thematiken zu hören sowie kurze, produktive Kommunikationswege zu beschreiten. Insbesondere in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsvertrauenspersonen, Brandschutzwart*innen und den Gebäudemanagern und -managerinnen sowie dem Raum- und Ressourcenmanagement (RRM) wird ein rollierender Verbesserungskatalog bearbeitet.

AID: Der Ausschuss für Informationsverarbeitung und Datenschutz befasst sich mit allen Angelegenheiten, die die elektronische Datenerfassung und –übermittlung von personenbezogenen Daten betreffen. Er war maßgeblich an der Ausarbeitung der Rahmenbetriebsvereinbarung über die Verwendung personenbezogener Daten, kurz RBV-Daten, sowie deren Annexe beteiligt. Im Rahmen dieser wurde auch ein Datenschutzbeirat (DSBR) an der Universität Wien installiert, der das Rektorat in Angelegenheiten des Datenschutzes berät. Die Aufgabengebiete des AID umfassen Datenschutz, Telekommunikation, Arbeitsverfassungsgesetz, insbesondere elektronische Personalfragebögen, die bei Evaluierungen immer wieder auftreten, personalisierte elektronische Kommunikationssysteme wie E-Mail, Druck und Scan-Services, elektronische Schließ- und Zeiterfassungssysteme und, im Rahmen des Urheberrechtsgesetzes, E-Learning und Vorlesungsstreaming und vieles mehr.



Frei nach dem Motto „Datenschutz ist Selbstschutz“ sind die Mitglieder des AID auch Ansprechpartner für alle Arbeitnehmer*innen der Universität Wien. Wir wollen insbesondere in enger Kooperation mit den Mitarbeiter*innen des ZID Wege beschreiten, dass Probleme beim Datenschutz erst gar nicht entstehen.

Christian Cenker, Betriebsrat

Interview mit Bundesminister Dr.Reinhold Mitterlehner

ULV: Die Änderung des Bundesministeriengesetzes und damit die Zusammenführung der Wissenschaftsagenden mit dem Wirtschaftsministerium haben viel Kritik hervorgerufen. Wie vertragen sich Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ressort, welche sachliche und politische Begründung hat das aus Sicht der Bundesregierung bzw. aus Ihrer Sicht?

Mitterlehner: Es stimmt, die Zusammenlegung hat anfangs für Kritik und Sorgen bei den Betroffenen gesorgt. Mit der Namensbezeichnung, die die Wissenschaft an den Anfang stellt, haben wir ein bewusstes Symbol für den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung gesetzt. Bei der Umsetzung der neuen Ressortstruktur sind wir sehr sorgsam mit bestehenden Kulturen umgegangen. Durch regelmäßige Gespräche mit Vertretern der Wissenschaftseinrichtungen und deren Interessensvertretungen und Besuche verschiedener Hochschulstandorte ist mein bisheriger Eindruck durchwegs positiv. Die Diskussionen sind konstruktiv, sachlich und auf einem hohen Niveau. Ich habe das Gefühl, dass die anfängliche Skepsis sich einigermaßen gelegt hat, aber natürlich werde ich an meiner Arbeit gemessen.

Man darf nicht vergessen, das Wirtschaftsministerium war schon mit anderen Ministerien, wie etwa Verkehr oder Bildung kombiniert. Für Österreich ist die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft neu, es gibt aber ähnliche Portfolios, etwa in Großbritannien oder in der Schweiz. Aus meiner Sicht entscheidend ist sowieso nicht die Organisationsstruktur, sondern welche Politik inhaltlich für Wissenschaft und Forschung gemacht wird. Für mich ist klar, dass die Autonomie der Universitäten und damit auch die Freiheit der Geisteswissenschaften, aber auch die Kunst, unangetastet bleibt, dass aber in einem gemeinsamen Ministerium die Innovationskette im Forschungsbereich wesentlich besser abgebildet werden kann. Damit entspricht die neue Ressortstruktur auch den Empfehlungen, die die EU etwa im Rahmen von Horizon2020 vorlebt.

ULV: An der Universität Wien vertreten wir alle an der Universität tätigen WissenschaftlerInnen, angefangen bei TutorInnen, StudienassistentInnen und anderen studentischen MitarbeiterInnen über LektorInnen und WissenschaftlerInnen in der drittmittelfinanzierten Forschung sowie die mehrheitlich befristet und zu einem sehr geringfügigen Teil auch unbefristet angestellten UniversitätsassistentInnen bis hin zu den Habilitierten (PDs, Assoz.Profs., ao.Profs) und den berufenen ProfessorInnen. Traditionell haben wir an den österreichischen Universitäten immer noch steile Hierarchien und strikte Kurieneinteilungen. Der ULV plädiert seit Jahren für eine Aufgabe dieses aus unserer Sicht antiquierten und teuren Systems und für die Einführung des international üblichen, auf Konkurrenz basierenden Faculty-Modells – also alle WissenschaftlerInnen post-Doc in einer gemeinsamen Gruppe – mit durchlässigen Karriereschienen. Wir stehen damit in Opposition zu einer – qualifizierten – Minderheit im UniversitätsprofessorInnenverband. Unter Hahn stand das Faculty-Modell als zukunftsweisendes System nahe an der Einführung, dann kam sein Jobwechsel. Karl war auch dafür, aber zu kurz im Amt. Unter Töchterle war dies nur ein Randthema. De facto haben alle internationalen Top-Universitäten das Faculty-Modell. Wie stehen Sie dazu? Kann man mit einer



Wiederaufnahme der Diskussion und einer Einführung des Faculty-Modells in Ihrer Amtszeit rechnen?

Mitterlehner: Ein zeitgemäßes Verständnis für ein neues, funktional zwar differenziertes, aber partizipationsbezogenes egalitäreres ProfessorInnenbild wäre wichtig. Das Regierungsprogramm hat sich das Ziel gesetzt, einen Weg zu finden, um die gleichberechtigte Partizipation des „universitär hoch qualifizierten Personals“ zu erreichen. Wie das aussehen kann, wird im Rahmen eines Aktionsplans für den Forschungsraum Österreich bearbeitet, mit entsprechenden Vorschlägen für konkrete Maßnahmen rechnen wir Anfang 2015.

ULV: Einer der wesentlichen Kritikpunkte an den Reformen, Reförmchen, und Deformationen im universitären Bereich in den letzten Jahren war z.B. der weitestgehende Rück- bzw. komplette Abbau der inneruniversitären Demokratie. Das Motto des ULV lautet „Universität ist Leistung durch Kooperation und Verantwortung durch Partizipation“. Von Ihnen hat man bereits positive, man möchte fast sagen: „sentimentale“ Reflexionen zur universitären Demokratie vergangener Zeiten gehört; mit der erstmaligen Einführung eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums unter Hertha Firnberg kam auch ein entsprechendes UOG mit einem hohen Maß qualitätvoller, wenn auch aufwendiger inneruniversitärer Demokratie. Gehen die Ansprüche gesellschaftlicher und universitärer Realität in unserem Land nicht diametral auseinander, wenn wir mehr Demokratie in der Gesellschaft verlangen (mehr direkte Demokratie, mehr Volksbefragungen und -abstimmungen, neues Wahlrecht mit erhöhter Bedeutung der Vorzugsstimmen etc.) und in der Universität die Demokratie nun praktisch völlig dekonstruiert ist? Sind von Ihnen Ansätze zu gesetzlichen Korrekturen in dieser Hinsicht (z.B. Stichwort: Drittelparität – etwa im Senat) zu erwarten?

Mitterlehner: Die zahlreichen Kollegialorgane haben bei vielen Universitäten zu einer sehr langsamen, ineffizienten „Sitzungs- bzw. Gremial-Universität“ geführt. Diese neigen dazu, alle Betroffenen möglichst gleich an den verfügbaren Mittel zu beteiligen, das heißt nivelliert statt motiviert und nicht leistungsorientiert zu denken. Das UOG 93 hat dieses Defizit bereits erkannt, und Anzahl und Größe der Gremien, Regelungsdichte, Anzahl der Sitzungen, usw. reduziert. Auch das UG 2002 ging ebenfalls in die richtige Richtung. Generell ist festzustellen, dass sich die erfolgreichsten internationalen Universitäten durch schlanke Strukturen und starkes "Leadership" auszeichnen.

ULV: Das Fehlen durchlässiger Karrierewege an den österreichischen Unis sowie das weithingehende Fehlen von Laufbahnstellen an den Universitäten sind zwei wesentliche Gründe, warum in unserem Land für NachwuchswissenschaftlerInnen kaum mehr attraktive Karriereperspektiven gegeben sind. Nachteilige Wechselwirkungen von Kettenvertrags- und Kollektivvertragsregelungen, die ursprünglich als Schutzmaßnahmen für die ArbeitnehmerInnen gedacht waren, verschärfen die Situation. Der Brain-Drain ist bereits seit Jahren Realität und die Erfahrung zeigt, dass der Back-Flow trotz staatlicher Programme (vgl. z.B. die Gründung von Ascina unter Gehrler u.a.m.) eher gering ist. Dadurch entsteht nicht nur für die österreichische Wissenschaft, sondern auch für die österreichische Volkswirtschaft ein veritabler Schaden. Die meisten österreichischen UniversitätsrektorInnen (und auch viele DekanInnen) scheinen für dieses Problem eher unempfänglich zu sein. Doch gerade für Sie als Wirtschaftsminister könnte dieser Aspekt der Fehlentwicklungen an den österreichischen Unis ein besonderes Anliegen sein?

Mitterlehner: Die Verbesserung der Karrieremöglichkeiten in der Wissenschaft ist ein zentrales Thema. Immerhin haben 24 Prozent des wissenschaftlichen Personals an Unis befristete Drittmittelverträge. Das erschwert durchgängige Karrieren, viele Forscher stehen



mit Mitte 40 oft ohne Perspektive da. Daher wollen wir die Arbeitsregelungen an die Bedürfnisse des Wissenschaftsbetriebs anpassen, um Nachwuchstalente attraktive Karrieremöglichkeiten zu ermöglichen. Unter anderem wird sich der Aktionsplan für den Forschungsraum Österreich diesem Themenkomplex sehr ausführlich widmen.

Die Karrierewege waren bis dato tendenziell durch eher eindimensionale Bewertungskulturen und der schwierigen „2-Welten-Situation“ an manchen Universitäten (Anmerkung: Drittmittel-Personal vs. Globalbudget-finanziertes Personal) oft Einbahnstraßen. Für die Karrierebewertung sollte eine „integrative Bewertungskultur“ angestrebt werden, in der Forschungs-, Lehr- oder Wirtschaftsleistungen als gleichwertig behandelt werden, wobei natürlich den jeweiligen universitätsspezifischen „betrieblichen“ Besonderheiten und wissenschaftsmethodischen Notwendigkeiten der Disziplinen genügend Raum eingeräumt sein muss. Eine Weiterentwicklung der Kettenarbeitsvertragsregelung entsprechend den Bedürfnissen des Wissenschaftsbetriebs und eine Reduktion des Anteils befristeter Dienstverhältnisse sind dabei wichtige Begleitmaßnahmen.

ULV: Apropos Wissenschaftsnachwuchs und Brain-Drain: Sowohl der FWF als auch die ÖAW sowie die Wittgensteinpreisträger u.a. haben in der jüngsten Vergangenheit vermehrt gerade auf das dringliche Problem nicht nur der strukturellen, sondern auch der finanziellen Förderung der österreichischen Nachwuchswissenschaft hingewiesen und vor dem – in der Realität bereits vorhandenen – Prekariat in der Nachwuchswissenschaft gewarnt. Beim FWF können als exzellent bewertete Projekte mangels Budget zu einem Besorgnis erregend hohen Prozentsatz nicht mehr bewilligt werden und insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen haben bei der Vergabe der Mittel so gut wie keine Chancen mehr. Die ÖAW musste die Zahl ihrer Qualifikationsstipendien verringern, das DOC-FemForte-Programm wurde überhaupt gestrichen (ausgerechnet die Förderung von Frauen in der Technologie wurde gestrichen). Bei der letzten Ludwig-Boltzmann-Ausschreibung kamen von den letzten Top-10 als exzellent bewerteten Bewerbungen aufgrund der Budgetlage nur mehr 3 zum Zug. Auch die Budgetsituation ist eine wesentliche Ursache des Brain-Drains. Werden Sie hier mit entschlossenen Maßnahmen entgegensteuern können? Wie könnten diese aussehen?

Mitterlehner: Österreich hat mit dem FWF eine anerkannte Institution, die exzellente WissenschaftlerInnen fördert und oftmals für talentierte NachwuchsforscherInnen den Start für eine Karriere in die Wissenschaft ermöglicht. Fast 4000 junge WissenschaftlerInnen wurden im Jahr 2013 vom FWF finanziert, das spricht für sich und bedeutet eine realistische Chance in einem kompetitiven Verfahren, Forschungserfahrungen zu sammeln und einen Einstieg in eine Karriere zu erhalten. Trotz schwieriger budgetärer Rahmenbedingungen ist es gelungen, für die Jahre 2016 bis 2018 300 Millionen Euro zusätzlich für die Spitzenforschung im Budgetrahmen zu fixieren. Es wurde sichergestellt, dass bereits festgelegte Leistungen für Wissenschaft und Forschung erhalten und teilweise sogar ausgebaut werden. Damit stärken wir Österreichs Innovationskraft und sichern wertvolle Arbeitsplätze. Der Großteil dieser Mittel geht an den FWF als wichtigste Fördereinrichtung für universitäre und außeruniversitäre Grundlagenforschung, damit stellen wir das Budget des FWF auf sichere Beine und schaffen Planungssicherheit. Durch private Mittel und durch „Matching Funds“ (Anm. Nationalstiftungsmittel heben Mittel der Bundesländer) versucht der FWF das Bewilligungsvolumen weiter zu steigern.

Mit dem Doktorandinnenprogramm DOC-fORTE, das mit ca. 1.750.000 Euro ausgestattet ist, haben wir im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit der ÖAW für die Jahre 2012–2014 ein Programm geschaffen, das sich an hoch qualifizierte Dissertantinnen und Dissertanten richtet. Bei Ausschreibungen der LBG ergibt sich die Errichtung neuer



Institute einerseits aus der Qualität und andererseits aus der Anzahl der Anträge, allerdings steht die Summe für den Call am Beginn der Ausschreibung fest. Bei kompetitiven Verfahren kommen immer nur qualitativ hochwertige Projekte zum Zug. Dies ist auch für die dynamische Entwicklung des Forschungsstandortes sehr wichtig. Österreich und Deutschland wenden in etwa gleich hohe Anteile ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung auf. Im EU-Innovationsranking positioniert sich aber Deutschland auf Platz drei, Österreich hingegen auf Platz zehn. Um den Output zu erhöhen kommt es nicht allein auf öffentliche Mittel an, auch die Strukturen müssen passen und daher wollen wir im Rahmen eines Aktionsplans für den Forschungsraum auch die bestehenden Instrumente und Rahmenbedingungen analysieren und optimieren.

ULV: Sehr geehrter Herr Minister, wir danken für das Interview.

Friedrich Schipper, Vorstandsmitglied

Ach ja, Methodenvielfalt

Die Gefahr lauert natürlich allorts: Man forscht solange in die Tiefe, bis man alles über nichts weiß. Aber es gibt kein zweites Geleise und deshalb verödet der Sinn für Alternativen. Macht ja solange nichts, solange sie nicht gebraucht werden – soll heißen, solange man mit dem einzigen Werkzeugkasten das Auslangen findet. Aber wissenschaftliche Monokultur kann gefährlich sein: Sie verkommt leicht zur *l'art pour l'art*, und kann sich für Problemlösungen als unzweckmäßig erweisen.

Warum es dann überhaupt zu Einseitigkeiten kommt? Na ja, der leider viel zu früh von uns gegangene Finanzwissenschaftler Dieter Bös hat einmal in einem vielbeachteten Aufsatz die Frage gestellt, ob denn die „neue,“ aus der Theorie der optimalen Besteuerung hervorgegangene Finanztheorie eine bessere Promotion erfahren habe als die von Richard Musgrave begründete und bis zum Aufkommen der „neuen“ Theorie dominante Schule. Da klang was anderes durch als die Diagnose eines Paradigmenwechsels im Sinne von Kuhn: Da wurde die Vermarktung einer Idee in den Raum gestellt. Fortschritt im Denken als Objekt der gezielten Fortschrittsverbreitung?

Puh, wo bliebe denn da die (ewige) Suche nach der Wahrheit?

Wissenschaftliche Monokulturen sind eigentlich unwissenschaftlich, vor allem dort, wo es tatsächlich „multiparadigmatisch“ zugeht, wie etwa in den Sozialwissenschaften. Diskursives Ergründen, Differenzierung und Synopsis sind nur möglich, wenn die wissenschaftliche Monokultur überwunden wird. Sie könnte ja auch nur eine „geschlossene Gesellschaft“ von Gelehrten erhalten wollen, die beharrlich Kommunikation verweigert und gleichzeitig womöglich in die Irre führt – weil sie den für die Probleme der Welt falschen Werkzeugkasten perfektioniert. Schade eigentlich um die personellen, sachlichen und finanziellen Ressourcen, die in dieser monomanen Wissenschaftswelt verbraten werden.

Also mehr Offenheit, mehr Vielfalt, bunte Wissenschaft sozusagen, damit mehr Fragen gestellt und mehr beantwortet werden können. Das hieße natürlich für viele Abschied nehmen von vertrauter Stätte und der Kardinaltugend aller Forschenden wieder Tribut zu zollen: Der Neugierde! – Wie wär's?

Wolfgang Weigel, Pressereferent des ULV



In eigener Sache: Dank und dringende Bitte

Namens des ULV bedanke ich mich bei allen, die den Mitgliedsbeitrag 2014 bereits beglichen haben!

Das ist sehr hilfreich und wichtig, denn der ULV ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein, der sich alleinig aus den Beiträgen seiner Mitglieder finanziert. Und er lebt von der unentgeltlichen Arbeit seiner Funktionär*innen und seiner Mitglieder.

Falls Sie den Mitgliedsbeitrag für 2014 aber noch nicht eingezahlt haben, bitten wir Sie, diesen auf folgendes Konto des UniversitätslehrerInnenverbandes zu überweisen:

IBAN: AT936000000007275223

BIC: OPSKATWW

Den steuerlich absetzbaren Betrag können Sie im Rahmen **von € 20 bis € 50** selbst bestimmen. Sie unterstützen damit unsere Tätigkeit, gewinnen eine Plattform für Ihre eigenen Anliegen und sind berufsrechtlich geschützt.

Walter Jäger, Kassier

Sie haben soeben das ULVnetInfo 4/2014 gelesen!

Danke!

Redaktionelle Wünsche, Anregungen, Kritiken an wolfgang.weigel@univie.ac.at

Kontaktmöglichkeiten: <http://ulv.univie.ac.at>
office.ulv@univie.ac.at
<https://twitter.com/ULVUniWien>
<https://www.facebook.com/ULVUniWien>

Dachverband: <http://www.ulv.ac.at>